



150 Mio. Euro-Streichliste löst Schuldenkrise nicht Haushaltspolitik brutal

■ Der Haushaltsentwurf ist die Katastrophe in Zahlen. Bei Ausgaben von 1,4 Mrd. Euro liegt der aktuelle Jahresfehlbetrag – so hoch wie nie zuvor – bei 250,1 Mio. Euro. Das bilanzielle Eigenkapital ist restlos aufgebraucht. Die Gewerbesteuer-einnahmen sind 2009 krisenbedingt um 56,5 % auf nur noch 110 Mio. Euro eingebrochen, die Schuldzinsen werden für 2010 mit 74,2 Mio. Euro angesetzt. Sie sollen in der Finanzplanung bis 2013 in rascher Folge auf knapp 124 Mio. Euro steigen. Das Volumen der jährlichen, zins-treibenden Kassenkredite – also des Überziehungskredits der Stadt – wurde durch Ratsbeschluss am 25.1. von 1,6 auf 2,1 Mrd. Euro heraufgesetzt. Bei all dem nicht zu vergessen: Die Altschulden – einschl. ausgegliederter städtischer Unternehmen – liegen bei über 2 Mrd. Euro!

Alles im Griff auf dem sinkenden Schiff? OB und Kämmerer konfrontieren uns mit einem „alternativlosen“ Kürzungspaket von 150 Mio. Euro. Weil die allermeisten Ausgaben der Stadt – 853,6 Mio. Euro – gesetzlich festgelegt sind, so müssen sie aber selber einräumen, sei es „unrealistisch“, das aktuelle Haushaltsloch von 250 Mio. Euro durch die Stadt alleine zu schließen. Die 150 Mio. Euro sollen bis 2013 durch 400

Einzelmaßnahmen herausgequetscht werden, davon rd. 100 Mio. bei Bildung, Kultur und Jugend! 91 Maßnahmen müsste der Rat beschließen, alle anderen gelten als laufendes Geschäft der Verwaltung und können vom OB allein durchgeboxt werden.

Der Verwaltung droht weiterer Stellenabbau. Mittelfristig sollen 970 Planstellen unbesetzt sein. In den kommenden vier Jahren sollen 100 Stellen pro Jahr zusätzlich zu den Fachbereichsvorschlägen gestrichen werden. Damit sind weitere Überstundenberge, Leistungsverdichtung, Lehrstellenmangel und verschlechterte Dienstleistungen absehbar. Und das in einer Stadt, in der massiv sozialversicherungspflichtige Jobs fehlen!

Bereits Ende 2008 forderte RP Büsow (SPD) in Duisburg, Oberhausen und weiteren NRW-Städten einen Sparkurs ein, der alles in den Schatten stellen sollte, was uns bisher zugemutet wurde. Doch angesichts dreier Wahlen – und der Haushaltsmiserie zahlreicher NRW-Städte – wirkte die Drohung mit dem Sparkommissar nur wenig. OB, Verwaltung und Ratsmehrheit kürzten zwar weiter, aber für 2009 wurde kein überarbeiteter Haushalt mehr vorgelegt, der dem brutalen Forderungskatalog der Kom-

munalaufsicht nachkam. Das jetzt vorgelegte Haushaltssicherungskonzept (HSK) will das nachholen. Es wird aber trotzdem den gesetzlichen Vorgaben nicht gerecht. Die Krise ist viel zu tief. Die Stadt gehört inzwischen bilanziell den Banken. Die Krise ist mit örtlichen Kürzungslisten nicht mehr lösbar.

Im HSK finden sich z. B. auch „Einnahmeverbesserungen“, die nur dann eintreten, wenn Bundesgesetze geändert werden und eine Entschuldung für die Kommunen beschlossen wird. Beispiel: Es werden erhöhte

Bundeszuschüsse bei den Kosten für die Unterkunft für Hartz IV-Betroffene und im KiTa-Bereich mit 25 Mio. Euro eingeplant. Der Betrag würde sich ergeben, wenn die vom Bund bei Einführung der Hartz IV-Gesetze versprochenen Entlastungen tatsächlich eintreten würden. Das ist nicht in Sicht. Die Kommunalaufsicht wird für derartige Luftbuchungen noch nicht einmal ein müdes Lächeln übrig haben. Indes ist es politisch durchaus ein richtiges Signal, die gebrochenen Versprechen deutlich zu machen.

OB Sauerland und seine Dezerenten wollen – wie seit 1991, dem Beginn der strukturellen Finanzkrise in Duisburg – wieder einmal überall dort kürzen, wo überhaupt noch kommunal entschieden werden kann. Rasiert werden soll letztlich alles, was eine Stadt lebens- und liebenswert macht. Dagegen müssen sich alle Betroffenen gemeinsam wehren. Alternativlos ist gar nichts. Dafür darf es am 22. März im Rat keine Mehrheit geben. Der Aufschrei der Institutionen und die Protestaktionen von Schülern, Auszubildenden, Jugend- und Sozialverbänden vor dem Rathaus waren sehr wichtig. Aber der Widerstand muss noch massiv gesteigert werden.

Hermann Dierkes, Fraktionsvorsitzender der LINKEN

Aus dem offenen Brief der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände

„Sparen ist zwingend verbunden mit der Frage, für wen und an wem gespart wird. (...) Für die Verbände der freien Wohlfahrtspflege hat dabei die oberste Priorität das Ergehen der nachwachsenden Generation in unserer Stadt. (...) Deshalb sind nach Auffassung der Verbände die kommunalen Leistungen im gesamten Handlungsfeld von der frühkindlichen Förderung und Betreuung über die schulische und außerschulische Bildung sowie die Leistungen der Jugendhilfe bis hin zu Berufsvorbereitungs- und Berufsbildungsmaßnahmen für ein notwendiges Haushaltssicherungskonzept tabu.“

Ausverkauf der Stadtwerke und des Klinikums stoppen

von Thomas Keuer
Ratscherr DIE LINKE



■ Nun hat der Oberbürgermeister (OB) Sauerland die Katze aus dem Sack gelassen: Er will weitere Anteile des Klinikums an den Sana Konzern verkaufen. Als vor zwei Jahren bereits 49 % an diesen Konzern verkauft wurden, war es der OB, der versprach, die Stadt behalte die Mehrheit der Anteile. Davon ist nun keine Rede mehr, nach dem Motto: Was stört mich mein Geschwätz von gestern!

Eine ähnliche Strategie verfolgt der CDU-OB bei den Stadtwerken. Obwohl bereits 40 % der Anteile u. a. an das RWE verkauft wurden, sollen nun weitere 9 % verkauft werden. Es wird erneut versprochen, die Stadt behalte die Mehrheit von 51% an den Stadtwerken. Doch wer einmal lügt, dem glaubt man nicht ... Wenn zukünftig die Gewinne der Stadtwerke privatisiert werden – anstatt diese Gewinne für soziale Aufgaben der Stadt einzusetzen –, hat dies dramatische Folgen für die Lebensqualität in unserer Stadt. Deshalb wird sich DIE LINKE mit allen

Mitteln gegen den weiteren Ausverkauf unserer Stadt wehren. Es bleibt dabei: „Hände weg von unserem Tafelsilber.“

Billiger, besser und näher an der Kundenschaft – mit diesen Verheißungen wurden jahrelang Stadtwerke, Krankenhäuser, Wasserbetriebe, Müllabfuhr und viele andere öffentliche Dienstleistungen privatisiert. Hunderte Städte, Gemeinden und Landkreise haben den Versprechen geglaubt oder keinen anderen Ausweg gesehen, um ihre Haushalte zu stützen. Mittlerweile ist bekannt, was von den Ankündigungen der privaten Anbieter und Investoren zu halten ist. Höhere Preise und Gebühren, schlechterer Service, rücksichtlose Ausnutzung von Angebotsmonopolen, weniger demokratische Kontrolle und geringere Einnahmen für die kommunalen Haushalte – das ist in vielen Orten die bittere Realität. In Umfragen meint eine deutliche Mehrheit der BürgerInnen, dass die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen die Preise nach oben treibt. Bürgerentscheide wie etwa in Leipzig, Düsseldorf oder Freiburg zeigen, dass der Widerstand gegen Privatisierungen wächst. Auch die Kommunen selbst haben mit den nicht bedachten Folgen der Privati-

sierung zu kämpfen. Die gegenwärtige Finanzkrise offenbart schonungslos, wie risikoreich grenzüberschreitende Leasingverträge (Cross Border Leasing) oder intransparente Betreiberverträge sind. Dass es auch anders geht, demonstriert eine wachsende Zahl von Kommunen. Sie nehmen wichtige Ver- und Entsorgungsbetriebe wieder in die eigene Verantwortung.

DIE LINKE lehnt die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ab. Hunderttausende Arbeitsplätze wurden europaweit seit Beginn der Privatisierungswelle abgebaut. Qualität und Sicherheit der Versorgung sind trotz höherer Preise häufig gesunken. Deshalb gehört die elementare Daseinsvorsorge (Gesundheit, Bildung und Kultur, Energie, Wasser, Busse und Bahnen, Abfallentsorgung) in die öffentliche Hand.

DIE LINKE will Privatisierungen stoppen und fordert einen leistungsfähigen öffentlichen Sektor. Angesichts der schlechten Leistungsbilanz privatisierter Betriebe sollte der dogmatische Grundsatz, dass privat immer besser sei als öffentlich, endlich aufgegeben werden.

Beispiel Katholische Jugendverbände (BDKJ)

Im BDKJ sind über die jeweiligen Mitgliedsverbände rund 3.000 Kinder und Jugendliche zusammenschlossen. Er organisiert z. B. Ferienfreizeiten für Kinder und Jugendliche aus armen Familien – 2009 waren es 824 Teilnehmer. 159 ehrenamtliche Jugendleiter leisten die Arbeit. Zusammen mit der Caritas wird ein Spielmobil mit Personal verliehen.

Der Haushaltsentwurf sieht die pauschale Kürzung für die Kinder- und Jugendarbeit der freien Träger um 10 % in 2010 (190.000 Euro) und ab 2011 um jährlich 30 % vor (567.000 Euro). Die Aufteilung nach der Kürzung soll der Jugendhilfeausschuss entscheiden.

In einem offenen Brief erklärt der BDKJ:

„Abgesehen von selbst organisierten Aktionen zur Eigenfinanzierung (z. B. Altkleidersammlung, Tannenbaumverkauf) sind die kommunalen Gelder die einzige Geldquelle, die diese Jugendgruppen haben. Wird dieser Zuschuss gekürzt, wird ihnen die komplette Arbeitsgrundlage entzogen.“

Haushaltskrise hat strukturelle Ursachen

Vergeblichkeitsfalle muss weg

von Hermann Dierkes
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE



■ Keine NRW-Kommune ist durch ständige Sparschweinereien auf einen grünen Zweig gekommen. Die ihnen zugewiesenen gesetzlichen Aufgaben im Sozialbereich sind hoffnungslos unterfinanziert. Hinzu kommen z. B. die Gewerbesteuerumlage oder der Aufbau Ost. Für letzteren musste Duisburg bis heute über 500 Mio. Euro kreditfinanziert abführen. Dieses Gesetz, das die Bedürftigkeit von Kommunen nach der Himmelsrichtung definiert, muss dringend geändert werden.

Keine einzige Bundesregierung hat die überfällige Finanzreform angepackt. Deshalb schnappt die Vergeblichkeitsfalle immer wieder zu. Die kommunale Selbstverwaltung ist weitgehend zerstört. Doch auch die neue Bundesregierung aus CDU/FDP stellt sich blind und taub. Im Gegenteil, neue Steuer geschenke für die Reichen sind in Vorbereitung.

DIE LINKE hat immer wieder die Ursachen der desolaten Haushaltslage aufgezeigt und Reformvorschläge

unterbreitet. (www.linksfraktion-duisburg.de oder www.hamborner-erklarung.de). Sinnvoll Kosten senken ja, aber ohne Brechstange. Wir sind vor allem nicht bereit, Haushaltspolitik zulasten der Armen zu machen, Bildung, Kultur und Infrastruktur verkom-

men zu lassen oder weitere städtische Unternehmen zu privatisieren. Das Konjunkturprogramm II mit seinen knapp 10 Mrd. Euro war nur der Tropfen auf den heißen Stein. Allein der kommunale Rückstand bei den Infrastrukturinvestitionen beträgt bun-

desweit mindestens 40 Mrd. Euro. Die 67 Mio. Euro für Duisburg waren wichtig, sie lösen aber nicht ein einziges strukturelles Haushaltsproblem. Wir brauchen ein kommunales Entschuldungsprogramm durch Bund und Land.

Aus der Streichliste

Mit rd. 400 Maßnahmen will die Verwaltungsspitze bis 2013 rd. 150 Mio. Euro aus dem städtischen Haushalt heraus kürzen. Zulasten der EinwohnerInnen unserer Stadt, der Bildung und Kultur, der Jugend, der SeniorInnen, des Sports und der Verwaltungsangestellten. Ein Viertel der Maßnahmen muss durch die gewählten Gremien (Bezirksvertretungen, Fachausschüsse und Rat), drei Viertel liegen in der alleinigen Zuständigkeit des Oberbürgermeisters.

Hier eine Auswahl der schlimmsten Zumutungen:

<i>Niederrheinische Musikschule</i>	
Ausgliederung	2,5 Mio. Euro
Einnahmesteigerung durch	
Gebührenerhöhung	360.000 Euro
Personalkostenreduzierung	150.000 Euro
Verringerte Zuschüsse Filmforum	302.500 Euro
Verringerte Zuschüsse VHS	150.000 Euro
Aufgabe Kinder- und Jugendtheater	
„Der Spielkorb“	240.000 Euro

Erhöhte Eintrittspreise Theater und Philharmonie rund 200.000 Euro

Kürzung der Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit..... rund 2,3 Mio. Euro
bei den freien Trägern 567.000 Euro
Sprachförderung..... 750.000 Euro
Verringerung Erziehungshilfen..... 5 Mio. Euro

Schließung Hallenbäder
Großenbaum/Wanheim 150.000 Euro

Schließung Becken Freibad Kruppsee 163.000 Euro
Verringerung Straßenbeleuchtung 400.000 Euro

Ausweitung Parkraumbewirtschaftung und Parkgebührenerhöhung..... 700.000 Euro

Gebührenerhöhung für Sondernutzung 360.000 Euro

Abbau botanische Gärten..... 500.000 Euro

Schließung von 2 der 9 Berufskollegs 3 Mio. Euro

Kürzung 2. Bildungsweg..... 204.000 Euro

Personal- und Ausbildungskürzungen
Verwaltung bis 2013..... rund 21 Mio. Euro

weitere Teilprivatisierung Klinikum..... 217.000 Euro

„No future“ – nicht mit uns!

von **Martina Ammann**
Ratsfrau DIE LINKE



■ Ein einstündiges Pfeifkonzert und anhaltende Buhrufe von mehr als 500 DemonstrantInnen brachte die Wut und Empörung von Jugendlichen, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden und PädagogInnen zum Ausdruck. Der Duisburger Stadtjugendring hatte seine Mitglieder am 12. Februar zu einer Protestkundgebung gegen die geplanten Kürzungsmaßnahmen im Kinder- und Jugendbereich aufgerufen.

In allen Redebeiträgen wurde an die Duisburger Stadtspitze appelliert, die vorgelegten Kürzungspläne vollständig zurückzunehmen.

Mit einer Kürzung von zunächst 10 % und in den Folgejahren 30 % soll der Jugendhilfeeat gekürzt werden. Zusätzlich träfen die Sparpläne in den Bereichen Schule, Soziales, Kultur und Sport besonders Kinder und Familien. Hierzu gehören Erziehungshilfen, Familienberatung, Sprachförderung, Musikunterricht, Bibliotheken, Sportanlagen, Schwimmbäder, Jugendzentren, Spielplätze, Jugendkultureinrichtungen. Bereits heute ist die Situation in Schulen, Kindergärten, Sportstätten und Freizeiteinrichtungen katastrophal.

Die Unternehmensberatung Roland Berger stellte vor einigen Jahren fest, dass im Duisburger Kinder- und Jugendbereich kein Sparpotential mehr vorhanden ist. Im Gegenteil – das für Organisations- und Rationalisierungs-

beratung bekannte Unternehmen empfahl gar noch eine Aufstockung der Mittel. Auch das Prognos-Institut führt bereits eine Untersuchung im Auftrag des Familienministeriums durch. Hier landete Duisburg auf dem letzten Platz von 40 untersuchten Großstädten bezüglich der Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien.

Die Ratsfraktion DIE LINKE wird weitere Protestaktionen gegen die Kürzungspläne unterstützen. In Abstimmung mit Akteuren aus dem Kinder- und Jugendbereich wurde eine Internetseite www.keine-sparschweineereien.de eingerichtet. Auf dieser Homepage soll alle engagierten Betroffenen und Gruppen die Möglichkeit gegeben werden, über ihre Ideen, Aktionen und Veranstaltungen zu berichten.



Beispiel Regenbogen

Die psychiatrische Hilfgemeinschaft Regenbogen e.V. schlägt Alarm: „Die Stadt scheut sich offenbar nicht, dort kürzen zu wollen, wo nichts zu holen ist“, so Geschäftsführerin Elisabeth Hofmann. Es werde katastrophale Auswirkungen haben, wenn heute bei den Kranken und behinderten Menschen gespart werde. Wenn die psychosozialen Träger ihre Arbeit nicht mehr machen können, weil ihnen das Geld fehlt, müsse die Stadt sich dieser Pflichtaufgabe selbst annehmen. Ob das kostengünstiger sei, stehe dahin.

Den Menschen mit Handicap werde mehr genommen als Geld. Trotz gleichbleibender Zuschüsse finden immer mehr Menschen eine feste Anlaufstelle bei der psychiatrischen Hilfgemeinschaft. Die Zahl hat sich in den letzten 5 Jahren fast verdoppelt. Pro Jahr und Besucher fließen aus der Stadtkasse lediglich 73,87 Euro. Kommen noch die Beträge des LVR hinzu, sind es 152,21 Euro pro Jahr, aber damit nur 0,42 Euro täglich bei 1.787 Besuchern in den drei Kontakt- und Beratungsstellen.

Beispiel Niederrheinische Musikschule

Die Musikschule ist derzeit Teil der Stadtverwaltung. Eine Ausgliederung in privater Rechtsform (z. B. als GmbH) wäre mit erheblichen Mehrkosten für Personal und Querschnittsdienstleistungen verbunden. Steuerliche, gesellschaftsrechtliche und arbeitsrechtliche Aspekte würden diese noch steigern. Landeszuweisungen würden entfallen. Im Ergebnis könnten nur durch eine drastische Verringerung des Lernangebots, deutlich erhöhte Teilnehmergebühren und betriebsbedingte Kündigungen Einsparungen erzielt werden. Aus musikpädagogischer, jugend- und migrationspolitischer Sicht vollkommen indiskutabel!

Jetzt wird am Boden gekratzt

Soziale und kulturelle Dienstleistungen tendieren gegen Null

von **Ute Abraham**
Mitglied für DIE LINKE
im Sozialausschuss



■ Wenn es um die Frage nach dem Sozialstaat geht, wird es meist unappetitlich. Das letzte Beispiel dafür lieferte Guido Westerwelle. Er warnt vor römischer Dekadenz und Sozialismus. Damit zielte er natürlich nicht auf diejenigen, die Milliarden verzockt haben, die Welt in eine tiefe Wirtschaftskrise stürzten und mittlerweile wie Fettau- gen wieder oben schwimmen.

Die Auswirkungen einer Politik von Steuergeschenken an die Reichen und eine Sozialpolitik, die Armut schafft, statt zu verhindern, wird sichtbar in den Kommunen, den Orten in denen die Menschen leben und arbeiten.

Das Duisburger Haushaltskonsolidierungskonzept ist ein Konzept, das jegliche Strategie für sozialgerechte Entwicklungen zunichtemacht.

Bereits im Sozialbericht 2007 wurde anstelle von 1-Euro-Jobs, öffentlich geförderte Beschäftigung eingeklagt. Passiert ist nichts. Verwiesen wurde darauf, dass die geringe Erstattung der Unterkunftskosten für Hartz IV-Empfänger, zu sozialen Brennpunkten führt. Passiert ist nichts.

Stattdessen wird jetzt Kinder und Jugendlichen zukünftig eine 2. Chance verwehrt. Bisher hat die Volkshochschule Duisburg meist jungen Menschen die Möglichkeit geboten über diverse Kurse einen qualifizierten Schulabschluss nachzuholen. Das steht jetzt zur Disposition.

Klar jedoch ist, Bildung ist teuer. Nur eine Sache ist noch teurer: Keine Bildung.

Chancengleichheit herzustellen hieße auch: Gemeinsame Gestaltung des Sozialraums mit den diversen Akteuren, wie bürgerschaftliche Initiativen, Selbsthilfegruppen, Bildungseinrichtungen, Wohlfahrtsverbänden etc. Jetzt müssen aber viele Akteure um ihre Zukunft bangen, weil ihnen die Zuschüsse gestrichen werden. Für Betroffene fallen Hilfs- und Beratungsangebote weg, aber auch Begegnungsstätten und kulturelle Angebote.

Anstelle von Bürgernähe wird wieder zentralisiert. Das gilt insbesondere für Angebote des Gesundheitsamtes. Ein Beispiel ist die Familienberatung und die Suchthilfe. Aber auch wer Wohn-

geld beantragt, soll demnächst weite Wege in Kauf nehmen.

Duisburg stellt ihren BürgerInnen mit geringem Einkommen keinen Sozial-Pass zur Verfügung. Damit können schon heute viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene nicht die Infrastruktur nutzen, die die Stadt vorhält.

Durch die Erhöhung von Eintrittsgeldern wird sich dieser Kreis nochmals erweitern. Aber auch der Zugang zu Kultur- und Freizeitangeboten gehört zu einem Leben in Würde.

Der Weg der neoliberalen Politik ist die Abschaffung der Daseinsvorsorge durch Privatisierung und Geldentzug. Mit sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit hat dies nichts mehr zu tun.

DIE LINKE zeigt realistische Alternativen auf

Sozialabbau stoppen. Millionärssteuer zur Entschuldung der Kommune

von Horst-Werner Rook
Mitglied für DIE LINKE
im Betriebsausschuss IMD



■ DIE LINKE Duisburg ist nicht bereit, eine kommunale Streich- und Kürzungsorgie zu Lasten der Armen, von Bildung, Kultureinrichtungen und Infrastruktur mitzumachen. Ein kommunales Entschuldungsprogramm durch Bund und Land ist überfällig. Auf ihrem Landesparteitag Ende Februar in Duisburg stellte DIE LINKE realistische Alternativen für die Neuaufteilung des gesamten Steueraufkommens und ein damit verbundenes Konjunktur- und Zukunftsinvestitionsprogramm vor. 8,8 Milliarden zur Entschuldung des Landes NRW und der Kommunen und 12,4 Milliarden für ein kommunales Investitionsprogramm können nach Berechnungen von Finanzexperten der LINKEN durch eine Millionärssteuer, angemessene Unternehmensbesteuerung, Erbschaftsteuer, Finanztransaktionssteuer etc. verwendet werden. Bei einem Schonvermögen von einer Million Euro ist auf Beträge, die darüber hinaus gehen,

DIE LINKE ruft auf

Unterstützen Sie mit Ihrem Protest die Ratsfraktion der LINKEN, die gegen die Verabschiedung des vorgelegten Haushalts stimmen wird. Kommen Sie am

Montag, dem 22. März

zur entscheidenden Ratssitzung (Beginn: 15 Uhr) und machen Sie unübersehbar und unüberhörbar deutlich: Es reicht! Sozial-, Kultur- und Bildungsabbau muss verhindert werden.

eine Reichensteuer von 5 Prozent zu erheben. Bundesweit ergibt dies einen Betrag zur Bekämpfung der Krisenfolgen in Höhe von 80 Milliarden Euro. Gemäß seinem Anteil an der Gesamtbevölkerung würde NRW 8,8 Milliarden Euro zusätzlich erhalten. Duisburg könnte mit aktuell 494.000 Einwohner mit 240 Millionen Euro rechnen, die dringend zur Sicherung der Handlungsfähigkeit der Stadt gebraucht würden.

Durch eine umfassende Umverteilung des Vermögens- und Steueraufkommens könnten Investitionen in den Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge, für Schulen und Hochschulen, Krankenhäuser, erneuerbare Ener-

gien, kommunale Infrastruktur und die Schaffung neuer Arbeitsplätze ermöglicht werden.

Nach Meinung der LINKEN ist es ebenso erforderlich, niedrige Einkommen steuerlich zu entlasten und die Mehrwertsteuer zu senken, um die Binnenachfrage und die regionale Wirtschaft zu stärken.

Wenn die CDU nun mit wüsten Beschimpfungen gegen die Steuerpläne und das Investitionsprogramm der LINKEN zu Felde zieht, ist dies bezeichnend für die Klientelpolitik der CDU/FDP-Koalition und zeigt auf, wie notwendig wachsende Proteste und die

Abwahl der Schwarz-Gelben Landesregierung ist.

Selten sind in Duisburg so viele Menschen auf die Straße gegangen, um gegen geplante Kürzungen im Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich zu protestieren. Auszubildende der städtischen Betriebe demonstrierten für eine Übernahme nach der Ausbildung.

Gegen die beabsichtigten Schließungen von zwei der neun Berufskollegs in Duisburg gibt es ebenso Widerstand wie gegen die Schließung von Hallenbädern, der Musikschule oder von Jugendheimen. Mehr als 500 Jugendliche protestierten vor dem Rathaus gegen Mittelkürzungen im Jugendbereich.

Tausende Bürgerinnen und Bürger Duisburgs sind empört über das drohende Aus für das "Filmforum" am Dellplatz und sammeln Unterschriften für den Erhalt. Immer mehr Menschen erkennen, dass es Alternativen gegen die von OB Sauerland vorgelegte Kürzungsorgie beim Kommunalhaushalt gibt und Widerstand sich lohnt.

Duisburg stellt sich quer

Am 27. und 28. März Neo-Nazi-Aufmarsch von ProNRW und NPD verhindern!

■ Die neofaschistische NPD und die rechtspopulistische Partei ProNRW wollen am 27. und 28. März propagandistische Aufmärsche gegen die Merkez Moschee in Duisburg Marxloh durchführen. Unter dem Vorwand, wie in der Schweiz ein Minarett-Verbot durchzusetzen, wollen sie mit rassistischer Hetze gegen Menschen mit islamischem Glauben und Migranten vorgehen und Ängste schüren.

Bereits 2005 haben Tausende von Menschen gegen einen Naziaufmarsch in Marxloh demonstriert und diesen verhindert. Erneut werden sich Tausende mit Aktionen des friedlichen, zivilen Ungehorsams, bei Festen und Massenblockaden den Nazis entgegenstellen und den Aufmarsch verhindern. Faschisten haben in Duisburg keinen Platz, denn Faschismus ist keine Meinung. Faschismus ist ein Verbrechen.

DIE LINKE begrüßt, dass sich in Duisburg breite Bündnisse aus

Jugendverbänden, Gewerkschaften, Antifa-Gruppen, Kirchenvertretern, etc. gebildet haben, die sich bunt, kreativ und konsequent dem braunen Mob in den Weg stellen werden. Der Landesverband DIE LINKE NRW unterstützt – ebenso wie der Duisburger Kreisverband DIE LINKE – die Anti-Nazi-Aktionen und wird mit vielen Mitgliedern u. a. aktiv an Blockaden teilnehmen.

DIE LINKE ruft die BürgerInnen Duisburgs dazu auf, mitzuhelfen, wenn Duisburg sich quer stellt. Weitere Infos unter: www.duisburg-stellt-sich-quer.de und www.marxloher-buendnis.de.

Veranstaltungen im Rahmen der Mobilisierungen:

4.3.10, 19 Uhr
Peter Zimmermann (Kirchenoberrat Region Thüringen im Ruhestand) zu zivilem Ungehorsam, Kreuzeskirche Marxloh



5.3.–7.3.10
Aktionskonferenz ... von Dresden ... nach Duisburg. Strategien und Perspektiven erfolgreicher Anti-Nazi-Proteste. Auftakt 05.03.10: Podiumsdiskussion "Duisburg stellt sich quer" mit Peter Zimmermann,

Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE), Henning von Stoltzenberg (Duisburg stellt sich quer), Sylvia Brennemann (Marxloher Bündnis). Mehr Infos: dresden.duisburg.blogsport.eu

17.3., 18 Uhr
Minarettverbot und Sternmärsche – Islamfeindlichkeit und Rassismus im Aufwind? Rechtspopulistische Kampagnen unter der Lupe, in der Schweiz und hier. Mit Karin Hitz, Religionssoziologin, Hotel Montan, Dahlstr. 1, Duisburg-Marxloh

Termine

6.3.10, 10–17.30 Uhr
Landesweite migrationspolitische Konferenz

Veranstalter: DIE LINKE. Geschwister-Scholl-Gymnasium, Redinghovenstr. 41, 40225 Düsseldorf

10.3., 18.30 h
Mitgliederversammlung DIE LINKE KV Duisburg
„Zukunftsinvestitionsprogramm NRW“, Haus Kontakt, Scharnhorststr. 32, Duisburg-Kaßlerfeld

10.3., 20 Uhr
„Unsere Armut kotzt uns schon lange an“ oder: Was sichert ein Haushaltssicherungskonzept (HSK)
Diskussionsabend mit Künstlern zur Haushalts-Streichliste. Veranstalter: Theorie und Praxis e. V. u. Harmonie-Reformclub, Lokal Harmonie, Harmoniestr. 41, DU-Ruhrort

16.3., 19 Uhr
„Bedingungslos für Israel?“
Lesung mit Hermann Dierkes
Veranstalter: Friedensforum, Deutsch-

palästinensische Gesellschaft und DIE LINKE KV Duisburg, Internationales Zentrum, Niederstraße, Duisburg-Mitte

19.–21.3.10
Internationaler Kongress und Friedensmatinee
Schirmherr: Wolfgang Thierse, Vizepräsident des Deutschen Bundestages. Volkshochschule Essen, Burgplatz 1, 45127 Essen, www.friedenskultur2010.de

27. und 28.3.10
Demo gegen Rechts (Nazis raus aus Duisburg)
Weitere Infos unter www.marxloher-buendnis.de und www.duisburg-stellt-sich-quer.de

27.3., 13–18 h und 28.3., 10–13 h
Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung – „Ohne Moos nix los“
Veranstalter: Fraktion DIE LINKE im Bundestag. Haus der Technik, Hollestr. 1, 45127 Essen, Anmeldungen erforderlich: veranstaltung@linksfraktion.de

Impressum

Redaktion Standpunkt
Gravelottestr. 28, 47053 Duisburg,
Telefon: 02 03 / 98 52 41 99
E-Mail: redaktion_standpunkt_kv_duisburg@linke-news-nrw.de
Internet: www.dielinke-duisburg.de
www.linksfraktion-duisburg.de

Bankverbindung: SSK Duisburg,
BLZ: 350 500 00, Kto. Nr.: 227 006 368
Auflage: 10.000
Druck und Layout: Mondial Druck und Medien, Duisburg
Herausgeber: DIE LINKE Kreisverband Duisburg

Bezug: Wenn Sie den Standpunkt regelmäßig beziehen möchten, wenden Sie sich bitte an die Redaktion. Der Standpunkt finanziert sich durch Spenden. Für Ihre finanzielle Unterstützung wären wir Ihnen dankbar.